

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigepreis:
50 Pf. für die 3gefalt.
Beitrag.
Geschäftsanzeigen werden
abgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 558.15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep.
Druck von C. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Tagung des 12. Gewerkschaftskongresses.

II.

Aber „Die deutsche Wirtschaft“ hielt Professor Hermsberg (Leipzig) ein vorzügliches Referat, dessen Inhalt unseren Funktionären zum Studium zu empfehlen ist. Vielleicht bringt der Bundesvorstand, einer Anregung aus dem Kongress entsprechend, Hermsbergs und Jäckels Referat als Sonderdruck heraus. Im wesentlichen führte Professor Hermsberg aus:

Es ist vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus abzulehnen, noch immer alle Wirtschaftsercheinungen unserer Lage fatalistisch als durch Kriegs- und Nachkriegszeit notwendig hinzunehmende Tatsachen aufzufassen. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft liegen nicht in der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung, sondern in der Erschwerung des Absatzes. Schuld daran trägt nicht in ausschlaggebendem Maße die politische Machtlosigkeit. Man könne gerade umgekehrt feststellen, daß wir den Stand unseres Vorkriegsabsatzes — bei allgemein vermindertem Absatz — gerade in den Ländern bereits erreicht haben, in denen unser politischer Einfluß am geringsten ist, so in Britisch-Indien, Japan, Persien, in zweiter Reihe auch in China, auf dem amerikanischen Kontinent in Neufundland, Kanada, Ecuador und fast ebenso auch in Mexiko, in Afrika, in Ägypten und Britisch-Westafrika, von europäischen Ländern in Schweden, Finnland und beinahe auch in Holland. Den Vorzug, den wir gegenüber den Konkurrenten in Asien haben, ist gerade, daß wir an der Niederzwingung der erwachenden Völker kein politisches Interesse haben.

Die Verteilung der Lasten aus dem Friedensvertrag und dem Dawes-Gutachten rechtfertigt nicht die Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft wehrlos übermächtigen Gewalten preisgegeben sei. Die öffentlichen Ausgaben der Vorkriegszeit betragen 5 Milliarden Mark, die heutigen öffentlichen Ausgaben 11 Milliarden. Wir haben zu untersuchen, ob diese Steigerung eine so ungeheure Vorbelastung der deutschen Wirtschaft darstellt, wie es die Arbeitgeber behaupten, ob aus ihr mit Notwendigkeit die schlechte Lebenshaltung des deutschen Volkes resultiert. Ein Vergleich mit den entsprechenden Ziffern in England, der Schweiz und den Vereinigten Staaten lehrt, daß dort eine Steigerung der öffentlichen Lasten auf das Vier-, Drei- bzw. Fünffache eingetreten ist. Zu den anderen Posten, die die Unternehmer als ihre angebliche Mehrlast gegenüber der Vorkriegszeit anführen, gehört die soziale Mehrbelastung und die Mehrbelastung durch Frachten. Wir können die Mehrbelastung aus diesen beiden Ursachen auf etwas über eine Milliarde jährlich veranschlagen.

Demgegenüber steht aber ein erhebliches Entlastungskonto durch die Tatsache, daß die deutschen Löhne ungeheuerlich hinter den außerdeutschen zurückgeblieben sind. Bereits vor dem Kriege stand der deutsche Lohn in einem Verhältnis zum englischen und amerikanischen wie 100:134:323 (Berechnungen des englischen Handelsministeriums). Nach dem Kriege hat sich das Verhältnis noch weit mehr verschoben.

Die Geldlöhne der wichtigsten Industrieländer betragen im Verhältnis zur Vorkriegszeit in

England	200 %
Holland	300 %
Dänemark	200 %
Schweden	250 %
Italien	160—200 %
Amerika	230 %

In Deutschland dagegen nach den Zahlen des Statistischen Reichsamts für ungelernete Arbeiter 156 Prozent, für gelernte Arbeiter 132 Prozent. Selbst nach den Feststellungen der Arbeitgeber beim letzten Bauarbeiterstreik beträgt die Lohnsteigerung der Bauarbeiter, also einer über dem Lohndurchschnitt stehenden Arbeiterkategorie, nur 140 bis 180 Proz.

Diese Zahlen besagen, daß die Ersparnis der deutschen Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten durchschnittlich etwa 33 Pf. Stundenlohn für den gelernten, 20 Pf. für den ungelerten Arbeiter beträgt. (Die Damesstaff von 2 1/2 Milliarden würde, wenn gleichmäßig auf die erwerbstätige Bevölkerung von 33 Millionen Menschen verteilt, pro Arbeitsstunde etwa 3 Pf. ausmachen.) Berechnen wir daraus eine Jahresersparnis von 640 Mark pro Kopf, so ergibt sich bei 13 Millionen Industriearbeitern eine Gesamtersparnis von 8 Milliarden Mark im Jahr. Selbst wenn wir bei unserer Berechnung Fehlerquellen bis zu fünfzig Prozent annehmen, so verbleiben doch noch vier Milliarden auf dem Entlastungskonto. Bei einem Vergleich mit dem gefährlichsten Konkurrenten, Amerika, steigt die Summe auf dem Entlastungskonto gar auf 13 Milliarden. Als Ergebnis dieser Untersuchung ist festzustellen, daß die Vorbelastung der deutschen Industrie durch die drei aufgeführten Faktoren völlig aufgewogen wird durch die Ersparnis an Arbeitslöhnen, daß also daraus nicht eine Minderung der Konkurrenzfähig-

keit der deutschen Industrie gegenüber den ausländischen herzuweisen ist.

Als eigentliche Ursache dieser unzweifelhaft bestehenden verminderten Konkurrenzfähigkeit bleibt lediglich technische, organisatorische Rückständigkeit der Betriebe und übermäßig hohe Zinsbelastung.

Es spiefen heute schon die Spahen von den Dächern, daß die deutsche Industrie gegenüber der amerikanischen und englischen in einem trostlosen Zustande sich befindet.

Die Unternehmer versuchen nun die Wettbewerbsfähigkeit auf ihre Weise zu erringen. Einmal durch Monopolisierung des Inlandmarktes (auf dem Wege der Vertrustung, Kartellierung, Schutzpall usw., zum anderen durch Herabsetzung desjenigen Unkostenkontos, das ihnen als einziges im Moment herabsetzbar erscheint: das Lohnkonto. Diese beiden Mittel bedeuten den Versuch des Festhaltens des deutschen Wirtschaftslebens auf seinem ungesundesten Stande.

Der Preisabbau.

Nachdem die Steuern und Zölle sich im Arbeiterhaushalt bereits empfindlich bemerkbar machen, beschäftigt sich das preußische Finanzministerium bereits mit einer erheblichen Erhöhung der Hauszinssteuer. Wenn die Verteuerung der Wohnungen zum Preisabbauprogramm gehört, dann kann die Preisabbauaktion noch allerlei Überraschungen bringen.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, das zu verhindern. Sie werden es weniger durch ein Anrennen gegen die Inlandsmongole erreichen als vielmehr durch energische Arbeit auf dem eigentlichen Gebiet der Gewerkschaften: auf dem Gebiete der Lohnpolitik.

Weiter müssen die Gewerkschaften verhindern, daß der Versuch der Verewigung des heutigen Zustandes durch Schlichter unterstützt wird, wie es Schiedsprüche, die auf lange Zeit gefällt werden, bewirken. Ein solcher Schiedspruch, der heute mit dem Hinweis auf die kommende Preisabbauaktion begründet würde, könne nicht mehr ernst genommen werden. Die Vertrustung auf den Preisabbau setze eine Zuversicht der Menschen voraus, die das Normale weit überschreitet.

Die gezeigte gewerkschaftliche Gegenwartsaufgabe fñgt sich organisch in den Rahmen gewerkschaftlicher Arbeit überhaupt ein, die im Endziele eine Gestaltung der Wirtschaft durch die Arbeitenden für die Arbeitenden bezweckt.

Von einer Wirtschaftsfñhrung oder einer Beteiligung daran in der heutigen Wirtschaft könne man nicht sprechen, weil das Charakteristikum der heutigen Wirtschaft gerade darin besteht, keine Führung zu haben. Beteiligung an einer Betriebsführung sei noch lange nicht Beteiligung an einer Wirtschaftsfñhrung. Es mag eine Vorstufe dazu sein. Man dürfe hier theoretisch keine Unklarheiten bestehen lassen, die leicht zu verhängnisvollen Zielverschiebungen führen können. Bei Herovorkerung des falschen Zieles der Betriebsführung könne die Gefahr entstehen, daß die Arbeiterschaft sich nach Branchen getrennt mit widerstreitenden Produzenten-Interessen gegenübertritt.

In einem Schlußteil deutet der Referent noch als weitere wichtige Aufgaben der Gewerkschaften an: vorbereitende Maßnahmen für die Übernahme der Wirtschaftsfñhrung und großzügige Bildungsarbeit. Grundlegend bleibe auch dafür immer der Kampf um den Lohn und der Kampf um die Freizeit zur Ermöglichung jeglicher geistigen Entwicklung.

Das sei das letzte Maßstabende standhafte Wertvolle an den Gewerkschaften, daß sie die einzige Wirtschaftsorganisation unserer Zeit seien, deren Ziele nicht engherzige Interessen eines Berufsstandes darstellen. Sie seien die einzige wirtschaftliche Macht im Kampf gegen den Menschen zermalmenden Wirtschaftsmechanismus.

Aber: „Die Wirtschaftsdemokratie“ referierte Jäckel. Wir müssen es uns leider versagen, weitere Referate auch nur im Auszug hier wiederzugeben, und beschränken uns auf den Abdruck der zu den Referaten vorliegenden Entschliefungen. Zu den Referaten des Professors Hermsberg und Jäckels hat der Kongress folgende Entschliefungen angenommen:

a) Die deutsche Wirtschaft.

Die privatkapitalistische Entwicklung der Weltwirtschaft hat seit Beendigung des Weltkrieges gewaltige Fortschritte gemacht. In den alten Industrieländern ist der Zusammenstoß großer

Wirtschaftszweige zu mächtigen Konzerngebilden vollzogen worden. In anderen Ländern sind ganze Industrien neu entstanden mit dem Ziel, die Wirtschaft des eigenen Landes möglichst unabhängig zu machen von den Wechselfällen der Weltwirtschaft. Selbst jene Staaten Europas und der überseeischen Erdteile, die vor dem Kriege fast reine Agrarwirtschaft trieben oder noch im Anfangsstadium ihrer industriellen Entwicklung standen, haben während und nach dem Kriege einen bedeutenden industriellen Aufschwung genommen. Begünstigt wurde dieser Entwicklungsgang durch die Errungenschaften der technischen Wissenschaft und die Anwendung der wissenschaftlichen Betriebslehre. In einer Anzahl Industriezweige der Weltwirtschaft wird jetzt das Vorkriegs-

erzeugt. Infolge dieser Entwicklung haben sich auf den Absatzmärkten der Welt tiefgreifende Veränderungen vollzogen, die dem Weltmarkt schwierige Aufgaben stellen und neue Bahnen weisen. Einher mit dieser Entwicklung schreitet infolge der schufzöllnerischen Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen in allen Ländern eine mehr oder weniger starke Verteuerung des Aufwandes für die Lebenshaltung und dadurch eine Verringerung der Kaufkraft der großen besitzlosen Verbrauchermassen. Mit dem Sinken der Kaufkraft des größten Volksteils entschwindet aber die Aufnahmefähigkeit des eigenen Inlandmarktes. So geraten Gütererzeugung und Güterverkehr der Welt durch Verschiebungen und Abriegelungen der einflussigen Absatzgebiete und ferner infolge des Niederganges der Inlandmärkte in Stodungen; Wirtschaftskrisen werden Dauerzustand, Arbeitslosigkeit, Not und Elend der werktätigen Bevölkerung sind die Folgen.

Obwohl diese Entwicklung nicht in allen Ländern den gleichen Wirkungsgrad aufweist, ist doch die große allgemeine Linie überall dieselbe. Die Weltwirtschaftslage spñgt sich zu. Das privatkapitalistische Arbeits- und Wirtschaftssystem befindet sich in einer unheilbaren, aus seinem inneren Widerspruch entstandenen Situation. Es beschleunigt das Tempo seiner geschichtsnöwendigen Umgestaltung im Sinne der Gemeinwirtschaft, der handelspolitischen Freiheit und der internationalen Rohstoff- und Arbeitsverteilung.

Das deutsche Unternehmertum steht der gekennzeichneten weltwirtschaftlichen Entwicklung mit ihren völlig veränderten Weltmarktverhältnissen zur Zeit ratlos gegenüber. Die große Mehrheit der Unternehmer hat in den Jahren des Währungsverfalls, da deutsche Erzeugnisse mühelos in der Welt Absatz fanden, die technische Vervollkommnung ihrer Werke und den Ausbau der Betriebsorganisation schwer vernachlässigt. Infolgedessen ist das Problem der Rationalisierung der Arbeit, auf dem die Erfolge der anderen Länder, besonders Amerikas beruhen, in Deutschland und seiner Wirtschaft ungelöst geblieben. Hinzu kommt, daß die immer noch fortbestehende starke Überhebung des Zwischenhandels große Teile des Produktionsertrages aufzehrt und die Warenpreise noch mehr verteuert. Deshalb begegnen deutsche Waren auf dem Weltmarkt in im eigenen Lande der freigeichenen ausländischen Konkurrenz.

In dieser Lage sucht das Unternehmertum durch Schutzzölle, Kartelle und Konzerne für sich auf dem Inlandmarkt eine Monopolstellung zu schaffen, um die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinauszubringen zu können. Andererseits strebt es zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt danach, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten auf einem im Vergleich mit den Auslandslohnen unerhöht niedrigen Stand festzulegen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen, die einen hohen Mangel an Einsicht und Verantwortungsfñhl bei den Unternehmern beweisen. Nicht niedrige Löhne und lange Arbeitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, rationale Produktionsmethoden und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirtschaftlichen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Alle Versuche, den deutschen Markt von der Auslandskonkurrenz abzuschließen und die Löhne der deutschen Arbeiter auf ihrem gegenwärtigen niedrigen Stand zu binden, sind durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu bekämpfen.

b) Die Wirtschaftsdemokratie.

Zur Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Erwerbswirtschaften aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage erwachsen, erachtet der Kongress die tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für unerlässlich. Nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Rationalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.

Die Gewerkschaften haben seither schon durch die Erämpfung der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft erfolgreich beschritten. Denn durch den Tarifvertrag ist der Absolutismus des Unternehmers im Betriebe gedrochen worden. Die Tarifverträge müssen durch den Kampf der Gewerkschaften in dieser Richtung weiter vervollkommen und verbessert werden.

Der Kongress ruft deshalb die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf, durch Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die weitere Durchfñhrung der Wirtschaftsdemokratie zu schaffen. Er verpflichtet die angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, ihre Zentralen, bezirklichen und örtlichen Organe und alle Mitglieder zu intensiver wirtschafts- und sozialpolitischer Tätigkeit in allen in Betracht kommenden Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden; zu energischer Förderung der Arbeiterkonsumgenossenschaften und der konjunktionswirtschaftlichen Eigenproduktion sowie aller freien, der Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft unterstehenden gemeinwirtschaftlich arbeitenden Erwerbswirtschaften; zu planmäßiger Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsrichtungen, deren Zweck die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterschaft für die kommende Wirtschaftsdemokratie ist.

Der Kongress fordert vom Reich, von den Ländern und den Gemeinden:

1. Volle Durchführung der Anerkennung der Gewerkschaften, die als Sachwalter der Arbeitskraft innerhalb der Wirtschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern an dem Wirtschaftsaufbau und der Wirtschaftsfñhrung entsprechend dem Wortlaut und Geist des Artikels 165 der Reichsverfassung zu beteiligen sind.
2. Söfennige Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einem wirklichen und organisch aufgebauten

Wirtschaftsparlament; schnelle Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten entsprechend dem Artikel 165 der Reichsverfassung.

3. Schnelle Errichtung paritätisch von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.

4. Errichtung von Selbstverwaltungskörpern nach Artikel 156 der Reichsverfassung für alle Industrien mit zweckmäßiger Gliederung nach Bezirken und Branchen.

5. Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Produktionsstatistik sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirtschaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die Ursachen der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften sind an diesen Aufgaben zu beteiligen.

6. Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren Bildungswegen zum Zwecke der Vermittlung der Wirtschaftswissenschaft in Theorie und Praxis. Subventionierung der von den Gewerkschaften geschaffenen Bildungsstätten.

7. Erhaltung und Mehrung der im Besitz von Reich, Ländern und Gemeinden befindlichen Wirtschaftsbetriebe; systematische Steigerung der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen Bedarfsartikeln mit Hilfe solcher öffentlichen, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Betriebe.

8. Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaute gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften.

9. Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.

10. Eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften planmäßig durchgeführte Schulung und Unterweisung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, besonders der Betriebsräte, über Organisation und Technik der einzelnen Betriebsabteilungen und über die Zusammenhänge der Abteilungen eines Betriebes untereinander, über den Zusammenhang der Betriebe in Konzerngebilden und über die besonderen Aufgaben der einzelnen Betriebe im Rahmen des Konzerns, über etwa bestehende Verbindungen und Zusammenhänge des Konzerns mit anderen Konzernen und über deren Zweck und Nutzen, über Konventionen, Kartelle, Syndikate oder ähnliche Gebilde, ihren Zweck und Inhalt und ihr Wirken.

11. Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte.

Indem der Kongress diese Forderungen erhebt, betont er ausdrücklich, daß die von der Verfassung versprochene gerechte Wirtschaftsordnung und die verheißene Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsordnung voraussetzt, welche die in der kapitalistischen Lohnwirtschaft in viele Einzelwirtschaften zerstückelten Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfaßt und damit eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften erstrebten Sinne überhaupt erst ermöglicht.

Der Kongress erklärt, daß die Führung der deutschen Arbeiterschaft in allen Fragen der Wirtschaft bei den gewerkschaftlichen Organisationen liegen muß. Der ADGB ist das Gemeinschaftsorgan der deutschen Gewerkschaften, dem die einheitliche Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeiterschaft obliegt. Die gleichbedeutend sind mit den Interessen des großen Teiles des deutschen Volkes.

Der Kongress ruft die Arbeiterschaft auf zum Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft. Die zur Gemeinwirtschaft geführte Wirtschaft muß zur praktischen Mitwirkung an den Aufgaben des demokratischen Staates und der demokratischen Gemeinden, zum Kampf um die Erringung maßgebenden Einflusses auf Gesetzgebung und Verwaltung im Zusammenwirken mit der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft. Die politische und die wirtschaftliche Freiheit sind die Voraussetzung für die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterschaft.

Zum Bericht des Bundesvorstandes fragen wir noch die folgenden angenommenen Entschließungen nach:

Technische Nothilfe.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig und fordert erneut die Anweisung der Reichshilfe und ähnlicher Einrichtungen. In allen Betrieben werden bei Streiks die erforderlichen Nothelfarbeiten entsprechend den gewerkschaftlichen Satzungen und Anweisungen verrichtet. Gerade die völlig unberechtigten Eingriffe der Reichshilfe hat bei manchem Streik in der jüngsten Vergangenheit vermeidbare Schwierigkeiten und Schäden herbeigeführt.

Trotzdem die Technische Nothilfe bei ihrer Gründung nur als eine vorübergehende Nothmaßnahme bezeichnet wurde, verlangt die Reichsregierung auch in diesem Jahre noch erhebliche Geldmittel zum Ausbau und zur Fortführung dieser gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Organisation. Der Kongress fordert vom Reichstag, daß die Anweisung der Technischen Nothilfe unverzüglich vorbereitet wird. Da der völlig unbegründeten Veranschlagung von Reichsmitteln für die Technische Nothilfe die Tatsache gegenübersteht, daß andere notwendige Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke immer wieder mit dem Hinweis auf die finanzielle Notlage des Reiches abgelehnt worden sind, ist diese Forderung der Gewerkschaften um so mehr begründet.

Heimarbeiter.

Die letzte Heimarbeiterversammlung hat bewiesen, daß auch heute noch Heimarbeiter vielfach Elenddarbeiter sind, daß immer noch zahlreich Arbeiterkräfte in eisiger Arbeitszeit in der Heimarbeiter sich abwägen und doch nicht einmal sozial verdienen, um sich und ihre Familien fortzubringen zu können.

Die Heimarbeiterversammlung hat ferner gezeigt, daß zwar durch die zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen, namentlich auch mit Hilfe der auf Grund des Hausarbeitsgesetzes gebildeten Hausarbeitsvereine verhältnismäßig günstige Lohnsätze mit verbindlicher Kraft für die Heimarbeiter geschaffen worden sind, daß aber in zahlreichen Fällen trotzdem erheblich niedrigere Löhne gezahlt werden, und daß nur selten in der Heimarbeiter billige Arbeitskräfte es wegen, die tarifliche Bezahlung zu verlangen oder sie einzufordern.

Die Ursache hierfür ist die ungeheure große Konkurrenz von Heimarbeiter-Arbeitskräften in der Heimarbeiter, deren Mehrzahl verheiratete Frauen bilden, die Heimarbeiter als willkommene Hilfskräfte annehmen und sich deshalb mit geringeren Verhältnissen begnügen als diejenigen Frauen und Männer, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder allein durch Heimarbeiter erwerben müssen.

Unter den unorganisierten Heimarbeiterinnen, die diese Schutzmaßnahmen betreiben, sind viele Frauen und Töchter organisierter Arbeiter, die für sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation die Pflicht anerkennen, an dem Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

Die Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern die Unterstützung des Widerstandes in den Kreisen ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen als eine moralische Pflicht. Diese Verpflichtung ist nicht nur die Pflicht für den Widerstand gegen die eigene Familie ein, wie es häufiger Befehle der Gewerkschaften sind, sondern wiederholt zum Widerstand gezwungen haben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erneuert diese früheren Beschlüsse und fordert alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, in Zukunft mehr als bisher darauf zu achten, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeiter werden, sich der für ihren Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft notwendigen und die von der Gewerkschaft abgeleiteten Lohnforderungen unbedingt einhalten.

Wer ist schuld, Arbeiter oder Unternehmer?

Große Verwirrung scheint bei einem erheblichen Teil des deutschen Unternehmertums zu herrschen. Durch ihre fortgesetzten Versuche, die Öffentlichkeit systematisch zu täuschen durch ihr Gemächel, als seien sie schon am Verhängen, haben sie es allmählich so weit gebracht, daß man ihre Ergüsse nicht oder kaum mehr beachtet. Auf man es dennoch, so nur, um sich zu wundern über die Unverfrorenheit mancher Unternehmergruppen.

In Leipzig sagte kürzlich der Hauptauschuss des Reichsbundes des deutschen Metallwaren-Industrie. Da würde gemammert über die Steuern, über die Löhne, die sozialen Lasten, über die hohen Zinsen - soweit sie solche geben statt nehmen -, über die Frachtarbeit usw. Die Herren forderten Abbau der Steuern, die auf der deutschen Wirtschaft lasten, sowie Abbau der Löhne und der sozialen Lasten. Die Leiter ist bekannt: Es mehr er hat, je mehr er will. Da trifft es sich gut, daß der Geschäftsbereich der Hamburger Handelskammer, also eines Unternehmerorgans, herauskommt und dem oben gekennzeichneten Nimmerstatt allerlei Wahrheiten sagt, die hier festgehalten werden sollen.

Sie weist unter anderem auf die groben Fehler in der deutschen Handelsstatistik hin, die in letzter Zeit mehrfach Gegenstand der Kritik war.

Zu den Klagen mancher Unternehmerkreise über den Rückgang unseres Wareneports heißt es in dem Handelskammerbericht:

Die Zahlungsgepflogenheiten der Fabrikantenv Verbände fragen ihren Teil dazu bei, daß die erwünschte Steigerung des Exports und der Absatz der Fabrikate im Inland gehemmt wird. Alle Zahlungs- und Lieferungsbedingungen finden in der Konkurrenz des Auslandes ihre Grenze. Der Exporthandel hat wiederholt erfahren müssen, daß an den Zahlungs- und Lieferungsgepflogenheiten der Fabrikantenv Verbände die Ausführung von Aufträgen gescheitert ist. Es muß hier verståtelt werden, auf diese Frage im einzelnen näher einzugehen. Das der Handelskammer vorliegende Material ist dem Industrie- und Handelsrat zwecks Verhandlungen mit den in Frage kommenden Verbänden zugeleitet worden. Es wird Aufgabe dieser Kreise sein, in unmittelbaren Verhandlungen mit den Industrieverbänden auf eine Änderung dieser noch aus der Inflationszeit stammenden Gewohnheiten hinzuwirken.

Zur Preisfrage übergehend führt der Bericht dann aus:

Eine Frage, der von den zuständigen Stellen größte Aufmerksamkeit in der Folgezeit zugewandt werden muß, ist die der Preiskonvention der Kartelle, deren Zahl gegenüber der Vorjahreszeit außerordentlich gewachsen ist. Wenn auch auf einzelnen Gebieten der Industrie ein kartellartiger Zusammenschluß volkswirtschaftlich erwünscht sein kann, so muß seitens der Regierung mit allen Mitteln davor vorgegangen werden, wo sich zum Schaden der Gesamtwirtschaft Auswüchse der kartellmäßigen Bindung zeigen. Die Handhabe für ein Eingreifen bietet die Verordnung über Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung, die aber, wie es scheint, nicht immer dort angewandt wird, wo es zweckmäßig erscheint. Daher sollte zunächst seitens der Regierung in eine allgemeine Nachprüfung der bestehenden Kartelle und in eine Erwägung darüber eingetretet werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um einem weiteren Vordringen ungezügelter Preispolitik der Kartelle vorzubeugen. In diesem Zusammenhang ist vornehmlich auch auf die Preispolitik der Innungen aufmerksam zu machen, die nach den in der Öffentlichkeit laut gewordenen Klagen nicht immer die ihnen zustehende Macht im wohlverstandenen volkswirtschaftlichen Interesse gebrauchen. Soweit den Mitgliedern von den Innungen Richtpreise vorgeschrieben werden und es ihnen verboten wird, unter diesen Preisen zu verkaufen, ist die Handhabe für ein Eingreifen durch den Staat, der sie duldet, gegeben.

Daß die Handelskammer die Löhne als preisverneuernd hervorhebt, ist ja schließlich selbstverständlich. Aber sie ist nicht einseitig und erklärt mit erstrenlicher Objektivität:

Bis zu einem gewissen Grade sind die Löhne abhängig von den Lebenshaltungskosten, und daher muß die Arbeit der betrafenen Stellen hier beginnen und mit allen künftigen Mitteln auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hingewirkt werden...

Diese andauernde Steigerung des Preisniveaus, die in der letzten Zeit seitestellen ist, muß den gewissenhaften Beobachter mit Sorge erfüllen. Die Ursachen der größeren Lebenshaltungskosten liegen teilweise wieder auf denselben Gebieten wie diejenigen, die für die Verteuerung der Produktion im allgemeinen angeführt worden sind. Da aber, wie erwähnt, die Lebenshaltungskosten für die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmend sind, so ist es erforderlich, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Zum Schluß faßt die Handelskammer die wesentlichen Momente, die preisverneuernd wirken, noch einmal zusammen und sagt:

Nach Ansicht der Handelskammer sind als Verteuerungsmomente nicht nur Gründe der obengenannten Art, wie Steuern, Soziallasten, Zinsen usw. zu nennen, sondern vor allem scheint die Preispolitik gewisser Verbände und Innungen nicht immer das volkswirtschaftliche Interesse in genügendem Umfange zu berücksichtigen. Nicht zuletzt scheint es aber auch das immer noch zu beobachtende Bestreben gewisser Kreise zu sein, gesundheitsmäßig das früher vielleicht berechtigte, heute zu vernichtendem Risiko einer Währungsverschlechterung in den Preisen einzurechnen. Schließlich glaubt die Handelskammer eine weitere Ursache der Preissteigerung darin zu sehen, daß der Verteuerungsmoment aus der deutschen Wirtschaft in der ungenügenden Weise angeht. Die Zahl der Firmen, die zwischen dem Produktions- und dem Konsumenten sich eingeschaltet haben, ist gegenüber der Vorjahreszeit trotz des viel geringeren Güterumsatzes und der geringen Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes außerordentlich gewachsen.

Es scheint also eine Unternehmerkammer, wenn sie wahrheitsgetreu schreiben will. Daran kann man erkennen, was Denkchriften, Artikel und Reden mancher Unternehmer und Unternehmerverbände wert sind, wenn sie über Konzentrationen infolge hoher Löhne, der sozialen Lasten usw. klagen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Lohn- und Arbeitszeitfragen in der Kali-Industrie.

In diesem Thema haben die Kaliarbeiter in den vergangenen Wochen in verschiedenen Bezirks-Konferenzen Stellung genommen und die Organisationsleistungen beantragt, die Lohnratel sofort zu kündigen und Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit zu ergreifen.

Die Kündigung der Lohnratel ist bereits erfolgt. Verhandlungen über eine Neuregelung der Löhne werden voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats stattfinden. Daß die Organisationen hierbei bestrebt sein werden, die Löhne der Kaliarbeiter den Löhnen der übrigen Industriearbeiter anzugleichen, ist ganz selbstverständlich. Wenn hierbei die Frage aufgeworfen wird, ob eine neuere wertvolle Lohn-erhöhung für die Kali-Industrie wirtschaftlich durchführbar ist, so muß dieselbe ohne weiteres mit Ja beantwortet werden. Unseres Erachtens muß dieselbe sogar tragbar sein ohne jede Preiserhöhung für Kalisalz. Infolge der bisher durchgeführten Konzentrationspolitik sind die Selbstkosten der Werke und damit der prozentuale Anteil am Lohn bedeutend geringer geworden, ganz abgesehen davon, daß gleichzeitig der Geschäftsgang in diesem Jahre ein außerst guter ist. Selbst

bürgerliche Blätter reden von einem Rekordabsatz. Eine der führenden Persönlichkeiten, und zwar Generaldirektor Rosterg von der Kali-Industrie, A.-G., führte gelegentlich einer Gewerkschaftsammlung über die Interessengemeinschafts-Verträge im Wintershall-Konzern auf die präzise Frage eines Gewerkschafters, ob für das Jahr 1924 noch mit einer Dividende zu rechnen sei, nach der 'DZ.', Nr. 179 vom 2. August d. J. u. a. folgendes aus:

Die Kali-Industrie, A.-G., habe in 1924 wohl etwas verdient, doch könne er beim besten Willen noch nicht sagen, ob es möglich sein werde, eine Dividende zu verteilen, auch möchte er dem Aufsichtsrat hier nicht vorgreifen. Für das Jahr 1925 dahingegen sind die Dispositionen aber schon jetzt so getroffen, daß mit einer Dividende von 20 Prozent fest gerechnet werden kann; dabei wird immer noch so viel Geld zurückgehalten, daß die in Angriff genommenen Bauanlagen nicht gestört zu werden brauchen.

An der einmal eingeschlagenen Konzentrationspolitik werde der Wintershall-Konzern unter allen Umständen festhalten; obgleich wir das Kalifeld so leicht nicht wieder los werden, müßte demnach noch vernünftigen Grundbesitz gearbeitet werden, und diese seien: unablässige Betriebsverbesserung mit der Möglichkeit der Senkung der Selbstkosten und der Verkaufspreise. Kali ist ein wichtiges Rohprodukt für die Landwirtschaft; es muß, wenn es seinen Zweck erfüllen soll, so billig sein, daß es auch der arme Landwirt in den entferntesten Gebieten noch mit einer Beweismöglichkeit austreten kann.

Die deutsche Kali-Industrie muß die Preise niedrig halten, sehr, sehr niedrig, ob sie sich nun mit Elässern-Franzosen verständigt hat oder nicht; denn wenn sie jetzt wieder anfangen möchte, aus dem scheinbaren Weltmonopol nach der Verständigung mit den Franzosen die Kalisalzpreise kurzfristiger Dividendenpolitik zu betreiben und zu diesem die Kalipreise erhöhen möchte, dann würde nicht nur das Amerika-Geschäft gefährdet, sondern dann würde die Konkurrenz auf der ganzen Welt entzünden, denn in Kaluz in Sizilien, in Spanien, in Texas und Nordamerika sind die englischen und amerikanischen Kapitalisten dabei, Kalisalz niedezubringen, zu fördern und zu fabrizieren. Wenn wir aber in Deutschland und Frankreich dauernd die Preise ganz, ganz niedrig halten und die Gewinnmöglichkeiten lediglich in der aller-rationalsten Betriebswirtschaft sehen, dann sind gute Dividenden laufend zu verteilen, auch wenn die Kalipreise erheblich zurückgehen, die, das erklärte Generaldirektor Rosterg mit erhobener Stimme, heute noch viel zu hoch sind für ein so wichtiges Rohprodukt.

In bezug auf die unablässige Verbesserung der Betriebe mit dem Prinzip der Senkung der Selbstkosten und Verkaufspreise sind die Ausführungen Rostergs zu begrüssen. Wenn ein so hervorragender Kenner der Kali-Industrie aber gleichzeitig zugibt, daß die Preise für Kalisalz noch viel zu hoch sind, so wird unsere eingangs erwähnte Auffassung, wonach eine nennenswerte Lohnerhöhung für die Kaliarbeiter möglich sein muß ohne jede Preiserhöhung, damit nur bestärkt. Wir gehen nun zwar nicht so weit wie Generaldirektor Rosterg, und wir wollen daraus nicht folgern, daß eine Herabsetzung der Preise für Kalisalz unbedingt eintreten muß. Die Ausführungen Rostergs in dieser Beziehung bedeuten wohl, auch nur eine schöne Geste nach außen, denn es ist uns nicht bekannt, daß trotz der vielen Rederei über zu hohe Kalipreise Wintershall jemals offiziell im Reichskalirat einen Antrag auf Herabsetzung der Inlandpreise gestellt hat. Bisher hat es noch jede Preiserhöhung mitgenommen. Etwas haben diese Ausführungen jedoch für sich, denn wenn Generaldirektor Rosterg bei den jetzigen Preisen trotz der enormen Rücklage für Bauausführungen mit einer Dividende von 20 Prozent fest rechnet, muß es auch möglich sein, den Kaliarbeitern Löhne zu zahlen, womit diese ihren Lebensunterhalt bestreiten können; selbst auf die Gefahr hin, daß etwas weniger Dividende zur Auszahlung gelangt.

Aus der gegenwärtigen Geschäftslage in Verbindung mit den Ausführungen des Generaldirektors Rostergs ist aber auch zu schließen, daß die Aussichten für die Gewerkschaft und Aktionäre der Kali-Industrie äußerst günstig sind. Selbst das Kalisondikat gibt dieses in der 'DZ.' vom 25. Juli 1925 zu, wo es u. a. mitteilt, daß der 6-Millionen-Dollar-Kredit, der dem Syndikat von amerikanischen Banken im August 1924 eingeräumt wurde, noch nicht angegriffen ist, weil die allgemeine Lage der Kali-Industrie es nicht erforderlich gemacht hat. Diese äußerst günstige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht nur auf die Konzentration und den guten Absatz, sondern gleichzeitig auf die trotz bedeutender Verbilligung der Selbstkosten fast gleichen Preise wie in der Vorkriegszeit und auf die miserablen Löhne der Kaliarbeiter zurückzuführen. Die tariflichen Stundenlöhne für vollwertige Fabrikarbeiter betragen noch heute 42 bis 46 Pf. Ohne weiteres geht es zu, daß einige Fabrikarbeiter im Beding arbeiten und dadurch etwas mehr verdienen. Der größte Teil arbeitet jedoch im Schichtlohn und ist lediglich auf den tariflichen Lohn angewiesen. Die geringen Soziallöhne sind dabei nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn die Löhne der Kalifabrikarbeiter den Löhnen der Arbeiter in anderen Industrien angepaßt werden sollen, muß eine ganz erhebliche Lohnzulage erfolgen. Diese dürfte auch im Interesse der Industrie selbst liegen, denn nur dadurch wird es möglich sein, den noch bestehenden Arbeitermangel zu beheben. Heute liegen die Verhältnisse so, daß Arbeiter von Bauunternehmern in der Produktion zur Anbahnung tätig sind, die bei der gleichen Arbeitsleistung bedeutend höhere Löhne bekommen als die eigentlichen Betriebsarbeiter.

Da sich die Konferenzen auch mit der Arbeitszeitfrage beschäftigt haben und dieses Thema eine recht lebhaft Diskussion herbeiführte, sollen auch dazu einige aufklärende Tatsachen erörtert werden.

Am 7. Januar 1924 fällt das Reichsarbeitsministerium trotz noch bestehenden Tarifvertrages für die Kali-Industrie einen Schiedsspruch, welcher die Verlängerung der Arbeitszeit vorschlag. Die Tages- und Fabrikarbeiter müssen also seit dieser Zeit 10 Stunden arbeiten. In kontinuierlichen Betrieben wurde selbst darüber hinausgegangen und von den Werksleitungen im Gegensaß zu den Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung die 12stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Gründe, welche das Reichsarbeitsministerium veranlaßt haben, die längere Arbeitszeit einzuführen, waren nach dem Schiedsspruch folgende: Die deutsche Volkswirtschaft mit Kali-Erzeugnissen reichlicher und billiger zu versorgen; die Erzeugungsfähigkeit der Landwirtschaft und die Zahlungsbilanz Deutschlands zu heben; die Kaliwerke

Lebensfähig zu erhalten und die Arbeitsgelegenheit sowie die Verdienste der Arbeitnehmer zu sichern; und eine rationelle Ausnutzung der Betriebe zur Erreichung der Friedensleistung unbedingt zu erstreben.

Es soll nun unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, inwieweit die vom Reichsarbeitsministerium gestellten Bedingungen erfüllt sind. Hierbei wollen wir gar nicht auf die inzwischen eingetretene Preiserhöhung eingehen, auch keine längeren Ausführungen darüber machen, daß die Auslandspreise bedeutend unter den Inlandspreisen liegen, trotzdem böse Jungen behaupten, daß nur auf Grund dieser Tatsache die Kaliarbeiter länger arbeiten müssen.

Table with 3 columns: Jahr, Absatz in Doppelpennern K2O, Zahl der Belegschaft am Schlusse des Jahres. Data for years 1913, 1923, 1924, 1925.

Bei Betrachtung dieser Tabelle finden wir, daß im Jahre 1924, also seit Einführung der verlängerten Arbeitszeit, mit 33,4 Prozent weniger Belegschaftsmitgliedern annähernd der gleiche Absatz erzielt wurde wie im Jahre 1923.

Gegen diese Berechnung können nun verschiedene Einwendungen erhoben werden, u. a. auch, daß dieselbe wohl Talsache sei, aber nicht maßgebend sein kann, weil nach dem Wortlaut des Schiedspruchs die Friedensleistung erstrebt werden soll.

Mit diesen Tatsachen stellen wir jedoch heute schon fest, daß die Bedingungen des Schiedspruchs nicht nur erfüllt, sondern weit überholt sind. Wir geben zweifellos zu, daß diese Leistungen auch zum Teil durch Verbesserungen der technischen Einrichtungen erzielt wurden.

Noch das sei nur nebenbei erwähnt. Wichtig ist für uns die festgestellte Tatsache, daß die Voraussetzungen, welche zur Fälligkeit des Schiedspruchs führten, heute in keiner Weise mehr vorhanden sind.

Aus diesen Erwägungen heraus wurden die Organisationsleitungen in den Konferenzen beauftragt, Maßnahmen zur Verkürzung der bestehenden Arbeitszeit zu ergreifen.

Zur Erreichung des gesteckten Zieles sind jedoch gewisse Voraussetzungen notwendig, die in den angenommenen Resolutionen ihren Niederschlag gefunden haben und von den Kollegen in den Betrieben erfüllt werden müssen.

Erfolgreiche Beendigung der Lohnbewegung im Freistaat Sachsen.

Das von den Parteien vereinbarte Schiedsgericht zur Regelung des Lohnstreites der gewerblichen Arbeitnehmer in der chemischen Industrie Sachsens, bestehend aus den drei unparteiischen Herren Oberregierungsrat Brand, Regierungsrat Dr. Opiß und Regierungsrat Pandocha und den Arbeitgeberleitern Herren Generaldirektor Müllner, Syndikus Dr. von Drogalski und Dr. Lag und den Arbeitnehmerleitern Herren Hüppner, Schumann und Jörner, hat folgenden Schiedspruch gefällt:

- 1. Vom 27. 8. 1925 an wird in der chemischen Industrie der Stundenlohn für den Arbeiter über 21 Jahre in Fachgruppe A und Ortsklasse I auf 71 Pf. erhöht. Die Akkordlöhne erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Der Lohn der übrigen Fachgruppen und Altersklassen errechnet sich nach der zwischen den Parteien bisher vereinbarten Staffel.
2. Die Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen beträgt in der Spitze in Ortsklasse II 5 Prozent und in Ortsklasse III 10 Prozent gegenüber der Ortsklasse I.
3. Die Lohnregelung gilt bis auf weiteres und ist erstmalig mit vierwöchentlicher Frist zum 27. Januar 1926 kündbar, die Ortsklassenregelung mit monatlicher Frist spätestens zum 30. Juni 1926.
4. Maßregelungen dürfen beiderseits nicht stattfinden. Die Arbeitsaufnahme hat unverzüglich zu erfolgen. Wenn die sofortige Aufnahme jedoch aus betriebstechnischen Gründen nicht möglich ist, hat die Wiederaufnahme spätestens innerhalb acht Tagen zu erfolgen. Das Arbeitsverhältnis gilt durch die infolge des Streiks ausgesprochenen Kündigungen nicht als unterbrochen, die Streikklage werden aber nicht bezahlt.

Im Anschluß an den Schiedspruch haben die Parteien folgende Vereinbarung getroffen:

Die generelle Erhöhung der Akkordlöhne schließt eine etwaige anderweitige Festsetzung der Akkorde durch Betriebsvereinbarung nicht aus. Hinsichtlich der Leistungszuschläge erklären die Arbeitgeber, sich dafür einzusetzen, daß mindestens die bisher gewährten Leistungszuschläge weiter gezahlt werden.

Dresden, den 8. September 1925.

Papier-Industrie

Preisabbau oder Lohnabbau?

Nach dem offiziellen Organ der Niedersächsischen Handelskammern vom 1. August d. J. befaßt sich die Handelskammer Hannover allen Ernstes damit, den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft einen Vorschlag schmackhaft zu machen, daß im Laufe dieses Jahres keine Lohnerbhöhungen mehr erfolgen sollen und daß die Arbeiterschaft täglich ein bis zwei "Notstunden" längere Arbeitszeit leistet, um mit diesen Maßnahmen die Preise zu verbilligen und evtl. eintretende größere Arbeitslosigkeit lindern zu können.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten infolge starker Preiserhöhungen in den letzten Wochen gerade sprunghaft gestiegen und unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Reichstags in der Steuerfrage und des Zollwuchers, wodurch abermals eine weitere finanzielle Belastung der Verbraucher, also auch der Arbeitnehmer, herbeigeführt wird, bedeutet diese Anregung nichts anderes als einen Lohnabbau bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Herrschaften müssen erst einmal selbst mit gutem Beispiel im Preisabbau vorangehen. Daß dieses möglich ist, beweist ein Artikel in Nr. 32 des "Wochenblattes für Papierfabrikation", betitelt: "Preispolitik mit Beispielen". Der Verfasser dieses Artikels, Dr. Clemens, ist Syndikus einer wirtschaftlichen Gruppe der Papiererzeugungs-Industrie.

Wir bringen nachstehend die von Dr. Clemens berechneten Preisbeispiele.

Table with 4 columns: Beschreibung, Gruppe I, Gruppe II, and a fourth column. Lists items like '50 Bogen gem. hölz. freies Schreibpapier' and '100 Briefumschläge' with corresponding prices.

Table titled 'Gruppe III:' with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Lists items like 'Geschäftsbuch (amerik. Journal, 142 Blatt)', 'Berliner Illustrierte', 'Wochenschrift', etc.

Nicht ganz mit Unrecht bemerkt Dr. Clemens, daß nach diesen Beispielen weitere Worte überflüssig sind. Sie beweisen zu deutlich, wo in Wirklichkeit der Preisabbau angefangen werden muß, ohne nach dem berühmten Muster der Hannoverischen Handelskammer der Arbeiterschaft eine verlängerte Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen, die durch weitere Preissteigerungen als Lohnabbau wirken müssen, zuzumuten.

Die Papierarbeiterschaft kann aber aus diesen von Doktor Clemens angezogenen Beispielen mit Recht den Schluß ziehen, daß nicht die angeblich hohen Löhne und der achtstündentag die Schuld an der Unrentabilität der Industrie tragen, sondern die wahnsinnigen Kalkulationsmethoden des Unternehmertums.

Industrie der Steine und Erden

Die armen Ziegeleibehrer.

Es ist ein altes Lied, das immer wieder neu erklingt, das Lied von den "notleidenden Unternehmern". Mit der größten Sachkenntnis, getragen von dem Gedanken an das Wohl des Volksganges, bemühen sie sich, den verstockten Gewerkschaftsführern zu zeigen, wie man die deutsche Wirtschaft - nein, nicht die Unternehmung - gesund machen kann.

In der Nr. 88 der "Landwirtschafts-Zeitung" klagt einer der "guten alten Unternehmer", ein Ziegeleibesitzer, darüber, daß sie "Groschen auf Groschen und Mark auf Mark" legen und sich durch "Sparen und Entbehrungen" über Wasser halten müssen, während die Arbeiter das Verzichten ganz verlernt haben.

Nun aber diese überflüssigen Kulturanlagen. Einer von den "guten Alten" hat kein Bedürfnis und deshalb auch keine Sympathie für Kultur - man merkt es an seinem Aussehen - denn in der Nummtheit der Arbeiter liegt ja auch ein besseres Mittel zum Aufstieg der - Unternehmer.

Schmollend wirft er der Regierung vor, daß am 14. August das Einfuhrverbot für Ziegelsteine aufgehoben ist und dadurch der Konkurrenz Tür und Tor geöffnet wurde, denn die Konkurrenz beschneidet den Profit und erschwert die Anammlung von Kapital.

Wenn die Grenze für ausländische Steine geöffnet wird, dann muß sie auch geöffnet werden für ausländische Arbeiter, dann darf nicht mehr verlangt werden, daß der Ziegeleibesitzer vom Arbeitsnachweis Ausschler und Schneider einstellen soll, wenn er für die Hälfte Lohn tüchtige ausländische Facharbeiter bekommen kann, die das Doppelte und Dreifache leisten.

dann merket ihr, daß die Zeit über euch hinweg geht. Brauchbare Facharbeiter laßt ihr durch eure Lohnpolitik in andere Industrien abwandern, und nachher klagt ihr darüber, daß ihr Schuster und Schneider einstellen müßt. Ganz hervorragend habt ihr in Westfalen dafür gesorgt, daß die Ziegler, die nun immer mehr in die Heimat abwandern, lieber Fabrik-, Ausschachtungs- und sonstige Arbeiten verrichten wollen als jemals wieder der in die westfälische Ziegelindustrie zurückkehren.

Unseren Zieglerkollegen diene die „gute alte“ Einstellung der Unternehmer, zur Lehre. Bei unseren Unternehmern und ihrer befreundeten Regierung ist kein Ding unmöglich. Es sind ernste Gefahren! Die Ziele der Unternehmer sind klar und einheitlich. Deshalb müssen sich auch die Ziegler zum einheitlichen und klaren Ziel zusammenfinden, um endlich dem Treiben der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Die westfälischen Ziegler haben erfahren, wohin der Weg der Unternehmer zur Gründung der Wirtschaft führt. Wir müssen darüber klar sein, daß die nächste Kampagne eventuelle größere Kämpfe mit sich bringt und daß nur eine gutorganisierte Zieglerkassette den Kampf bestehen kann. Ziegler, haltet fest und - soweit ihr noch absetzt steht - schließt euch an, an eure Kollegen im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

A. Gumbach (Bochum).

Ein Mahnruf an unsere Zieglerkollegen!

Nach einige Wochen und die Ziegelkampagne naht sich wieder ihrem Ende. Da ist es nun notwendig, unseren Zieglerkollegen noch einmal ins Gewissen zu reden. Die Erfahrungen die wir im Frühjahr bei Beginn der Kampagne gesammelt haben, sprechen nicht für die gewerkschaftliche Reife der Ziegler. Jedes Jahr fängt mit der Agitationsarbeit unter den Ziegler an. Die Ziegler sind der Ansicht, daß mit der Arbeitsbeendigung in den Zieglerbetrieben im Herbst auch die Ingeborgkeit zur Organisation für das Jahr erledigt ist. Dieses kann und darf für die Zukunft so nicht weitergehen!

Die Ziegler wissen so gut wie wir, daß der günstigste Moment für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den ersten Monaten nach Beginn der Kampagne liegt. Wenn nun, wie in der Vergangenheit, der größte Teil der Ziegler im Frühjahr wieder neu in den Verband eintritt und infolgedessen die statutenmäßigen Beiträge für Erhaltung von Unterhaltungen noch nicht geleistet hat, dann kann man mit solch einer Arbeiterkassette keinen Kampf wagen. Es kommt heute mehr als je darauf an, auch die Gewisheit zu haben, daß die in einem unermüdlichen Kampf entwickelten Kollegen auch Anrecht auf Unterhaltung haben. Dieses trat bisher für einen nicht geringen Teil der Kollegen in der Ziegelindustrie nicht zu, weil, wie schon oben bemerkt, die notwendige Zahl von Beiträgen noch nicht geleistet war. Die Meinung einiger idell veranlagten Kollegen, daß sie im Falle eines Kampfes auch einmal ohne Unterhaltung durchhalten würden, können wir auf keinen Fall verallgemeinern. Es kann aber auch nicht angehen, daß die Organisation in solchem Falle dann denen, welche noch nicht unterhaltungsrechtlich sind, aus Mitteln der Lohnkassette vielleicht eine Unterhaltung zukommen läßt. Es wird viel der Meinung Ausdruck verleihen, daß man aus organisatorischen Gründen dieses tun solle. Es ist dieses aber nicht der richtige Standpunkt, sondern als Organisation müssen wir uns erst recht auf unsere Kollegen einwirken. Es ist daher, um mit einer fest längerer Zeit organisierten Arbeiterkassette zu rechnen, folgendes zu beachten:

Nach Beendigung der Kampagne darf der in der Ziegelindustrie beschäftigte Kollege seine Mitgliedschaft nicht fallen lassen. Es sind dafür verschiedene Möglichkeiten vorhanden. Alle Ziegler fahren ja nicht gleich nach ihrem Heimatort, sondern ein großer Teil findet dann noch erst einige Zeit Arbeitsmöglichkeiten in der Zuckerindustrie. Für diese Kollegen ist die Fortsetzung der Mitgliedschaft im Verband selbstverständlich. Sie brauchen auf ihrer Arbeitsstelle in der Zuckerindustrie nicht erst zu warten, bis der Angestellte der Ziegelei dort erscheint, um die Organisation in Gang zu halten oder wieder aufzubauen, sondern sie müssen dann schon selbst als Arbeiter für die Organisation arbeiten. Die Kollegen, welche nach ihrem Heimatort fahren und sich dort mit Einfließenden oder anderen Arbeiten beschäftigen, müssen sich dann von der ihnen nächstliegenden Ziegelei die Beitragsmarken besorgen. Viele Zieglerkollegen denken, wenn sie nach ihrem Heimatort zurückgekehrt sind und dort sich mit den schon einmal erwähnten Arbeiten beschäftigen, daß sie dann keine Beitragsmarken zu zahlen brauchen. Das ist falsch und den Interessen der Kollegen und auch der Organisation schädlich. Nach unserem Statut muß jedes Mitglied seinen Verdienst gemäß Beiträge leisten. Dieselben werden auch bei Auszahlung von Unterhaltung in Anrechnung gebracht. Sollte einer der Kollegen ohne Arbeit in den Wintermonaten sein, so ist dieser berechtigt, die 10 Pf. Marken zu klieben. Zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung der Organisation gehört es, daß der Kollege, sobald er seine Ziegelei verläßt, sich vor schriftlich bei der Ziegelei abmeldet. Kommt er dann die Arbeit in einer Ziegelei auf, welche noch im Bereich derselben Ziegelei liegt, so ist zu empfehlen, trotzdem im Bureau vorzukommen, um den Wechsel seiner Arbeitsstelle zu melden. Wenn, welche nach ihrem Heimatort fahren, ist zu empfehlen, sich bei der Abmeldung die nächstliegende Ziegelei ihres Ortes angeben zu lassen. In dieser Ziegelei muß sich der Kollege dann vor schriftlich anmelden, damit dort die Beitragszahlung für die Wintermonate geregelt werden kann. Wenn diese Rücksicht von den Ziegeleikollegen befolgt werden kann, dann sind wir ein gutes Stück vorwärts gekommen, und wir brauchen dann im Frühjahr die Organisation in den Ziegeleibetrieben nicht jedes Jahr erneut aus der Lasse zu heben. Es wird dann einmal der Zeitpunkt kommen, wo unsere gesamte Zieglerkassette Mitgliedschaft in den Händen hat, die eine längere Organisationsgeschichte nachweisen.

Also nochmals mit festem Mut und ein bißchen Arbeitsfreudigkeit aus Werk. Die Ingeborgkeit der Zieglerarbeiter zum Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands darf auch im Winter keine Unterbrechung erleiden.

E. Wäcker, Ziegelei Hannover.

Die Volksschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. In der Ziegelindustrie gehören auch die Zieglerarbeiter und gegen den Willen der Arbeiter läßt sich dieser Wunsch nicht verwirklichen. Von einer schlechten Wirtschaftslage kann im ganzen Tarifgebiet keine Rede sein. Fast nirgends stehen Steine auf Lager. Die Unternehmer insgesamt drängen auf Überstunden, um ihre Aufträge noch erledigen zu können. Auch die Preise sind erneut gestiegen, so daß alles nach dem Willen der Unternehmer gegangen ist.

In einer am 6. d. M. abgehaltenen Zieglerversammlung wurden die Gewerkschaften beauftragt, dem Arbeitgeberverband den Antrag zu unterbreiten, die Löhne am 18. September um 20 Prozent zu erhöhen. Die Ziegler verlangen Lohnserhöhung statt Abbau, und die Arbeitgeber werden sich belahren lassen müssen, daß auch dieser Schlag, der gegen die Arbeiterkassette geführt werden soll, ein Schlag ins Wasser ist. Die Organisation der Arbeiter ist festgesetzt und die Ziegler sind entschlossen, den Kampf von neuem aufzunehmen, da auch sie erkannt haben, daß man sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung wehren muß.

Zuzug nach der rheinischen Ziegelindustrie ist ferngehalten.

P. Hertwig, Köln.

Betriebsunfall in einer Meißener Schamottefabrik.

Ein größlicher Betriebsunfall ereignete sich am 2. September kurz vor Arbeitsluß in der Schamottefabrik von Tiffelsbachs Nachfolger in Buschbad-Meißen. Das Verbandsmitglied Rudel aus Semmlersberg war im Kollergang mit dem Olen der außer Gang gesetzte Maschine beschäftigt. Auf noch unangelegte Weise ist die Maschine wieder in Gang gesetzt worden. Dadurch wurde der obenstehende Kollege von der Transmissionswelle erfasst, von dieser herangezogen und zwischen ein wagrecht laufendes Kamrad und die Welle gepreßt. Der Verunglückte wurde bis zum Brustkorb fast vollständig zerquetscht. Der Tod des auf so schreckliche Weise Verunglückten war sofort eingetreten. Eine Frau und zwei Kinder verlieren ihren Ernährer. Der Verunglückte, der auf solch größlicher Art für eben auf dem Schlachtfeld der Arbeit opfern mußte, war ein treuer Verbandskollege. Ehre seinem Andenken! Uns alle mahnt dieses Opfer der Arbeit an die heilige Pflicht für die Verbesserung des Arbeiterschutzes zu kämpfen, denn Mängel der Betriebsführung waren es - mögen sie nun technischer oder persönlicher Natur sein - die den Tod des Kollegen verschuldet haben.

Nahrungsmittel-Industrie

Lohnunterschieden in der Zucker-Industrie im Bezirk Hannover-Braunschweig.

Seit Mitte Mai d. J. war es nicht möglich, in dem oben genannten Bezirk einen Bezirkslohnvertrag zustande zu bringen. Am Montag, dem 7. September, sollte über die Neuregelung der Löhne für die Kampagne verhandelt werden. Von den in Frage kommenden Gewerkschaften wurde für die 1. Ortslohnklasse ein Stundenlohn von 70 Pf., für die 2. Ortslohnklasse von 69 Pf. und für die 3. Ortslohnklasse von 67 Pfennig gefordert. Die Arbeitgeber erklärten, daß diese Forderung keine Grundlage zur Verhandlung sei. Anseherseit wurde die Forderung erniedrigt in der 1. Ortslohnklasse auf 66 Pf., in der 2. Ortslohnklasse auf 65 Pf. und in der 3. Ortslohnklasse auf 63 Pf. Obwohl in der Zucker-Industrie bereits Stundenlöhne bis zu 70 Pf. bestehen, boten uns die Arbeitgeber für die Kampagne als Lohn an für die 1. Ortslohnklasse 55 Pf., für die 2. Ortslohnklasse 53 Pf. und für die 3. Ortslohnklasse 51 Pf. Eine Einigung war auf Grund des niedrigen Angebotes der Arbeitgeber nicht möglich.

Es besteht die Möglichkeit, daß sich im Laufe der nächsten Wochen recht ernsthafte Differenzen in der Zucker-Industrie entwickeln. In diesem Falle ersuchen die zuständigen Organisationen alle Kampagnearbeiter, Solidarität zu üben.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Aus der Unfallversicherung.

Die Kosten für die Besorgung orthopädischer Schahwerks fallen den Versicherungsträgern insoweit zur Last, als sie durch eine außergewöhnliche, durch die Art der Unfallsfolgen verursachte Umkehrung des Schahzuges entstehen. In diesem Sinne hat sich kürzlich das Reichsversicherungsamt ausgesprochen (Amtl. Nachr. d. RVA. 1923 Nr. 8, S. 274). Zur Entscheidung stand in der Streitfrage, ob zur Instandsetzung orthopädischen Schahzuges, wie sie nach herrschender Rechtsprechung die Pflicht des Versicherungsträgers zum Gewähren der Hilfsmittel in sich schließt, auch die Besorgung wie das Gerademachen der Achse gehöre. Von Berufsgenossenschaft und Oberversicherungsamt war dies verneint. Das Reichsversicherungsamt hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß zu unterscheiden sei, ob die Abnutzung von Sohlen und Absätzen durch den „gewöhnlichen“ Gebrauch des Schahzuges verursacht worden ist, oder ob und wie weit dabei die durch den Unfall hervorgerufene regelmäßige Beschaffenheit der Füße des Verletzten mitgewirkt hat. Soweit solche Mitwirkung vorliegt, fällt der dadurch entstandene Anteil der Kosten dem Versicherungsträger zur Last.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wetzlar. In unserem Schönen in den oberh. Bergen gelegenen Gebirgsort Wetzlar am 1. Juni liegt das dem Herrn Brauerdirektor Bergold aus Augsburg gehörige Kalkwerk. Dasselbe wird vom Herrn Verwalter Pfirsinger geleitet, der sehr schlecht auf die organisierte Arbeiterkassette zu sprechen ist.

In diesem Betrieb sind durchschnittlich 40-50 Arbeiter beschäftigt, die bis zur Inflationskurve alle in unserem Verband organisiert waren. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren auch vom Verband bis dahin zur Zufriedenheit der Belegschaft geregelt. Es bestand auch, wenn auch gegen den Willen des Herrn Verwalters Pfirsinger, ein Betriebsrat.

Im Frühjahr des Jahres 1923 wurde der Betrieb stillgelegt und die Arbeiterkassette entlassen. Ein Teil davon reiste ab, der größere Teil wurde jedoch am Orte bleiben und war 4-6 Monate arbeitslos. Bei der Wiedereinstellung des Betriebes, im Frühjahr 1924, wurden nur Arbeiter angenommen, die sich bereits während der 10 Wochen zu arbeiten. Es ist klar, daß nach 6 Monatsmonaten alle Arbeiter, die eingestellt wurden, diese Erklärung abgeben mußten unterzeichnet.

Man kann ein wenig Spüren in den Betrieb. Die Organisation und den Betriebsrat hatte Herr Pfirsinger nicht mehr zu fürchten. Es wurden ganz erheblich niedere Löhne festgesetzt, die weit hinter

den Löhnen der übrigen Kalkindustrie Bayerns und der übrigen Industrie zurückblieben. Von Zuschlägen für Überstunden und für Sonntagsarbeit war keine Rede mehr. Es wurde ein Akkordlohn eingeführt, in dem kein Stundenlohn garantiert war und bei dem die Arbeiterkassette noch im Mai und Juni d. J. mit Akkord-Weekendlöhnen von 18-26 Mk. nach Hause gehen mußte.

Das wurde nun den im Steinbruch beschäftigten Arbeitern doch zu wenig und sie riefen nach der Organisation. In einer Versammlung am 18. Juni wurde zu den Umständen Stellung genommen. Die Anwesenden traten reiflos dem Verbandsrat bei. Der Herr Verwalter Pfirsinger erfuhr von der Versammlung und ließ gleich am andern Tag morgens den Partieführer vom Steinbruch zu sich aufs Bureau kommen. Es wurde ihm klargemacht, daß die Organisation nicht notwendig sei, die Arbeiter bekämen auch ohne sie einen anständigen Lohn. Was noch alles zwischen beiden verabredet wurde, war nicht zu erfahren. Als der Partieführer zurückkam, gab er bekannt, daß er nichts mehr vom Verband wissen wolle. Nun war auch den übrigen das Herz in die Hose gefallen und der Herr Verwalter Pfirsinger hatte seinen Zweck erreicht. Später wurden nochmals zwei Mann und der Partieführer ins Bureau gerufen und ihnen erklärt, eine Lohnserhöhung sei ausgeschlossen, denn der Betrieb könne das nicht aushalten usw.

Die Arbeiterkassette des Kalkwerkes Fischbach wurde durch die kluge Kapitalistpolitik wiederholt heringelegt. Durch ihre kindliche Naivität, Leichtgläubigkeit und Gleichgültigkeit schenkt sie der Firma seit dem Frühjahr 1924 täglich durchschnittlich 1 Mk. an verdienstlichem Lohn. Dazu kommt noch, daß, wie schon gesagt, weder für Überstunden noch für Sonntagsarbeit Zuschlag bezahlt wird. Es ist sicher, daß der Herr Verwalter Pfirsinger einen sehr großen Wert auf eine gestrichelte Existenz für sich und seine Familie legt und mit Recht; wir wissen aber auch, daß der Herr Verwalter als Arbeitgebervertreter seinen bisherigen Standpunkt gegenüber den Arbeitern nicht ändern wird. Mittlerweile stiegen und steigen die Preise für die notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgüter, trotz des Preisabwärtstrends in den bürgerlichen Zeitungen, während die Löhne für die Arbeiterkassette des Betriebes fast gleich geblieben sind. Es läßt sich mit der Faust in der Hosentasche willig ausstrecken. Da kann nur eine Änderung geschaffen werden durch den Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter. Wagner.

Streiks und Lohnbewegungen.

Fürth. Die drei Verbänden: Unternehmer, Polizei und Arbeitsschlichter haben es fertiggebracht, daß die Streikenden bei der Firma Schönbach u. Co., Bunt- und Metallpapierfabrik in Fürth, in der 18. Woche sich im Ausstand befinden. Der Unternehmer hat betreffs Wiedereinstellung der Streikenden bisher jede Unterhandlung abgelehnt und glaubte nur diktiert zu können, wofür aber die Streikenden kein Verständnis hatten. Die Polizei hat sich große Verdienste erworben durch Beschäftigung der Arbeitsschlichter und Anzeigerstattung gegen die Streikenden. Ist doch nahezu gegen die Hälfte der Streikenden sowie auch gegen den Vorsitzenden des Verbandes Anzeige wegen angeblicher Beleidigung der Arbeitsschlichter erstattet. Auch der Angestellte Geigenkeller hat sein Wort gehalten, wie er es in einem Briefe an den Verband ankündigte, daß er alles aufbieten werde, um den Streik zu Fall zu bringen. Seine Frau fällt heute noch den Streikenden in den Rücken durch Verrichtung von Streikarbeit. Trotzdem ist bis jetzt, nach 18wöchigem Streik, auch nicht ein Streikender zum Vertreter an seinen Arbeitskollegen und -kolleginnen geworden; sie stehen noch so geschlossen wie am ersten Streiktag. Was sich da alles als Arbeitsschlichter zusammengelassen hat, gibt ein ganz schönes Bild. Ein Heizer, der von Herrn Schönbach sein Ehrenwort erhalten hat, dauernd beschäftigt zu werden, während der bisherige Heizer 30 Jahre bei der Firma beschäftigt war, aber einer solchen Gunst nicht teilhaftig wurde. Dann die Frau eines Angestellten, auch ein Briefbote hält es für seine Pflicht, seine Frau als Arbeitsschlichter in den Betrieb zu senden. Weiter eine Gesangsdirigentin und sonstige Leute, die ihre Arbeiterehre selbst beludeln. Wir ersuchen jeden ehrlichen Arbeiter, diesen Betrieb zu meiden.

Verbandsnachrichten.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Auf Grund unserer Ausschreibung in Nr. 20 des „Proletarier“ zur Werbung um die Teilnahme an der Arbeiter-Akademie und der Wirtschaftsschule haben 57 Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig ihre Bewerbung eingereicht. Leider ist die Zahl der unserem Verband zur Verfügung stehenden Sitze beschränkt, so daß nur 8 Kolleginnen und Kollegen zum Zuge kommen konnten. Der Vorstand hat in Verbindung mit dem ADGB folgende Kollegen zum Besuch der Arbeiter-Akademie in Frankfurt bestimmt:

Milos Haslinger (Münster),
Hermann Pohl (Hirschberg),
Hermann Kleinfeld (Neustadt [Koburg]),
Anna Kabe (Delitzsch).

Für den Besuch der Wirtschaftsschule in Berlin kommen in Betracht:

Karl Lawrenz (Aischersleben),
Gustav Zander (Köthen),
Walter Pries (Wauhof-Lab),
Johann Kabe (Zerbau).

Unter den zahlreichen Bewerbern fanden sich noch befähigte Kollegen, die sehr gute Bewerbungen und Abhandlungen eingereicht hatten, auf Grund deren sie es verdient hätten, gleichfalls zur Teilnahme an einer der Schulen zugelassen zu werden. Nur wegen der begrenzten Zahl der Sitze mußten wir uns schweren Herzens entschließen, eine Anzahl würdiger und befähigter Bewerber abschlägig zu beschreiben. Es bleibt für diese Kolleginnen und Kollegen nur der eine Trost und die Hoffnung, im nächsten Jahr zum Zuge zu kommen.

Wir ersuchen die Bewerberinnen und Bewerber, hieron Kenntnis zu nehmen, und sprechen den Wunsch aus, daß sie sich bei der nächsten Ausschreibung wieder mit beteiligen. Inzwischen mögen sie versuchen, soweit die Möglichkeit hierfür vorhanden ist, sich um die Teilnahme an unseren Bildungskursen, die im „Proletarier“ Nr. 36 angeschrieben wurden, zu bemühen.

Vorstandsfekretär gesucht.

Durch die Wahl des Kollegen H. Sack zum Verbandsrevisor ist im Hauptvorstand eine Lücke entstanden, die ausgefüllt werden soll. Die Wahl eines Vorstehenden als Ersatz für den Kollegen Sack wurde auf dem Verbandstag nicht erledigt und soll später gemeinsam mit dem Beirat vorgenommen werden.

Um möglichst schnell die erforderliche Hilfe zur Erledigung der dringenden Vorstandsarbeiten zu bekommen, sucht der Hauptvorstand zum möglichst baldigen Antritt für diesen Zweck eine geeignete

Hilfskraft (Sekretär).

Das Aufgabengebiet soll sein: Mithilfe bei der Erledigung aller Vorstandsarbeiten, besonders aber der Geschäfte der Verbandsvorstehenden. Rednerische und schriftstellerische Befähigung ist notwendig. Gehalt und Anstellungsbedingungen richten sich nach den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages. Dienstzeit wird angerechnet. Wohnung ist zur Zeit nicht vorhanden, kann aber für absehbare Zeit in Aussicht gestellt werden. Bewerbungen sind bis zum 21. September an den Hauptvorstand einzureichen.

Unternehmensverwaltung in der rheinischen Ziegelindustrie.

Die Unternehmung hat in den letzten Wochen eine Höhe erreicht, daß auch in den einschlägigen Kreisen der Arbeitgeber abhängig der Gedanke reift, daß es ohne Lohnserhöhungen nicht abgehen wird. Die letzten Tarifverträge, die jede Gewerkschaft bestreift, werden eine feste Beschlüsse Sprache, daß auch die von der Reichsregierung in Bewegung gesetzte Preisabwärtstendenzen für die Arbeiterkassette keine Deckung bringen wird. Anders denken die Arbeitgeber in der rheinischen Ziegelindustrie. Der Eigentümer Dr. Frohn, ein Mann, der wie er im Werke steht, hat bereits herausgeredet, daß die Arbeiterkassette die in 14 Tagen halb geschlossen bekannt machen und er hat seinen Anhängern klargemacht, daß der Zeitpunkt gekommen ist, die Löhne erheblich abzusinken. Große Zögerlichkeit bei den Ziegeleibetrieben über ihren wirtschaftlichen Stand, der, wie viele Kollegen behaupten, maßgebend des letzten Ziegeleibetriebes etwas in Richtung gefallen ist. Auf dem Verbandstag ging folgendes Schreiben zu:

Köln, den 2. September 1923.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

J. Nr. 3, P. 6, 1923 Köln
Einschreiben! Cederstra. 199.

Der Vorstand des Schiedsgerichtes vom 3. August 1923 kündigen mir hiermit das mit Ihnen laufende Lohnabkommen zum 17. September 1923.

Mit Rücksicht auf die immer schlechter werdende Wirtschaftslage in der Ziegelindustrie beantragen wir eine Herabsetzung der Löhne auf 60 Pf. (ursprünglich 1 Pf. bei mehr als sechsmonatiger Arbeitslosigkeit) entsprechend der Lohnsenkung im Bereiche des Bauwesens der rheinischen Ziegeleien und veranlaßter Verbände z. B. Dortmund.

Arbeiterverband der Ziegelei Rheinlands.
Der Vorstand: 923 Dr. Frohn.